

**a) Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle, den Zuschlag erteilende Stelle sowie Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind:**

**a1) Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle (Vergabestelle):**

Name [Verbandsgemeindewerke Puderbach - Eigenbetrieb Wasserwerk](#)  
Straße [Hauptstraße 13](#)  
PLZ, Ort [56305 Puderbach](#)  
Telefon [02684/858-0](#) Fax [02684/858-199](#)  
E-Mail [vergabestelle@puderbach.de](mailto:vergabestelle@puderbach.de) Internet [www.puderbach.de](http://www.puderbach.de)

**a2) Zuschlag erteilende Stelle:**

[Vergabestelle, siehe oben](#)

**a3) Stelle, bei der die Angebote einzureichen sind:**

Adresse für elektronische Angebote <https://www.subreport.de/E15121873>

Anschrift für schriftliche Angebote

**b) Vergabeverfahren: Öffentliche Ausschreibung, UVgO**

Vergabenummer [2026-009](#)

**c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:**

Zugelassene Angebotsabgabe

- ☒ elektronisch  
    ☒ in Textform  
    ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel.  
    ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel.  
☐ schriftlich

**d) Art, Umfang sowie Ort der Leistung (z.B. Empfangs- oder Montagestelle):**

Ort der Leistung: [56305 Puderbach](#)

Art der Leistung: [Lieferung von Ultraschall-Funkwasserzählern](#)

Umfang der Leistung:

- [Lieferung von 1.254 St. Ultraschall-Funkwasserzählern](#)
- [e-SIM-Card Vertrag für 1.254 St. Ultraschall-Funkwasserzähler](#)

**e) Aufteilung in Lose:**

- ☒ nein  
☐ ja, Angebote sind möglich  
    ☐ nur für ein Los  
    ☐ für ein oder mehrere Lose  
    ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

**f) Zulassung von Nebenangeboten:**

- ☒ nein  
☐ ja

**g) Ausführungsfrist:**

[Beginn der Leistungserbringung: 01.05.2026](#)

[Ende der Leistungserbringung: 31.10.2026](#)

**h) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen:**

Vergabeunterlagen werden

- ☒ elektronisch zur Verfügung gestellt unter:  
<https://www.subreport.de/E15121873>  
☐ nicht elektronisch zur Verfügung gestellt. Sie können angefordert werden bei:

☐ Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

☐ Abgabe Verschwiegenheitserklärung

☐ andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

☒ nachgefordert

☐ nicht nachgefordert

**i) Angebots- und Bindefrist:**

Ablauf der Angebotsfrist: am 09.04.2026 um 10:00 Uhr

Ablauf der Bindefrist: am 09.05.2026

**j) Geforderte Sicherheitsleistungen:**

keine

**k) Wesentliche Zahlungsbedingungen:**

keine

**l) Zur Beurteilung der Eignung des Bewerbers verlangte Unterlagen:**

- 1.) Eigenerklärung des Bieters, dass in der Person des Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 123 GWB begründet sind.
- 2.) Eigenerklärung des Bieters, dass in der Person des Bieters oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bieter zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB und nach §§ 19, 21 MiLoG begründet sind.
- 3.) Eigenerklärung des Bieters, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
- 4.) Eigenerklärung des Bieters zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft.
- 5.) Nachweis des Bieters über die Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister bzw. ein den Rechtsvorschriften seines Sitzstaates entsprechender Nachweis (wie Handelsregister, Partnerschaftsregister, Berufskammern der Länder, Handwerksrolle)
- 6.) Eigenerklärung zum Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Leistungen betrifft, die mit der Maßnahme vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen.
- 7.) Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber/Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient.
- 8.) Eigenerklärung über die Ausführung vergleichbarer Leistungen in den letzten drei Jahren.
- 9.) Eigenerklärung über die Bereithaltung der für die Ausführung der Leistung erforderlichen Arbeitskräfte.

Für die vorgenannten Auskünfte (Eigenerklärungen) sind entsprechende Formblätter den Vergabeunterlagen beigelegt (Formblatt 124\_LD, Formblatt 235).

Ebenso zugelassen ist die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) als vorläufiger Beleg der Eignung. Eigenerklärungen und Eignungsnachweise, die durch Präqualifizierung geführt werden, sind zugelassen.

Auf Verlangen der Vergabestelle sind durch den Bieter zum Beleg seiner Eigenerklärungen als Nachweise vorzulegen:

- eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen des Finanzamtes zum Nachweis der steuerlichen Zuverlässigkeit, die nicht älter als 13 Monate sein darf,
- Bescheinigungen der zuständigen Krankenkasse, tariflichen Sozialkasse über die vollständige Entrichtung von Beiträgen, die nicht älter als 13 Monate sein dürfen.
- gültige Bescheinigung der Berufsgenossenschaft über die vollständige Entrichtung von Beiträgen
- Drei Referenzen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, mit folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges,
- Angaben zu Arbeitskräften: Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal.
- ggf. Erklärung, dass die Kapazitäten anderer Unternehmen im Auftragsfall zur Verfügung stehen

(Formblatt 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen).

Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Auskünfte und Bestätigungen/Nachweise, die zur Überprüfung der Eigenerklärung dienen, zu verlangen bzw. einzuholen.

Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären.

Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auch vom Dritten abzugeben.

Sämtliche einzureichenden Nachweise sind in den Vergabeunterlagen sowie im beigefügten Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Formblatt 216) aufgeführt.

**m) Zuschlagskriterien**

- ☐ siehe Vergabeunterlagen
- ☒ nachfolgende Zuschlagskriterien, ggf. einschl. Gewichtung:  
niedrigster Preis

**Sonstiges:**

- 1.) Die Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabeplattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabeplattform kommuniziert. Registrierte Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bieters.
- 2.) Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die Vergabeplattform an die plattformseitig hinterlegten Kontaktdaten des Bieters bzw. an die hinterlegten Kontaktdaten der das Angebot einreichenden Stelle.
- 3.) Die Abgabe von schriftlichen Angeboten (in Papierform) ist nicht zugelassen.
- 4.) Sofern sich ausländische Bieter am Wettbewerb beteiligen, haben sie geforderte Nachweise / Bescheinigungen ihres Herkunftslandes vorzulegen. Bei Dokumenten, die nicht in deutscher Sprache verfasst sind, ist eine beglaubigte Übersetzung ins Deutsche beizufügen.
- 5.) Der Auftraggeber wendet die Regelungen der Verwaltungsvorschrift "Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz" in der jeweils geltenden Fassung an.
- 6.) Der Auftraggeber wendet die Regelungen des "Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (LTTG)" in der jeweils geltenden Fassung an.
- 7.) Dieses Vergabeverfahren fällt in den Anwendungsbereich der Landesverordnung über die Nachprüfung von Vergabeverfahren durch Vergabeprüfstellen. Bieter müssen erkannte oder erkennbare Verstöße innerhalb der jeweils geltenden Fristen des § 10 Abs. 3 dieser Verordnung gegenüber dem Auftraggeber rügen, anderenfalls können sie vor der Vergabeprüfstelle in der Sache nicht gehört werden.

Vergabeprüfstelle, an die der Auftraggeber eventuelle Beanstandungen des Bieters weiterleitet, sofern der Bieter nicht ausdrücklich auf eine Weiterleitung verzichtet hat:

Vergabeprüfstelle beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Stiftstraße 9, 55116 Mainz